

Laibacher Zeitung.

Nr. 107.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11., halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15., halbj. fl. 7.50.

Freitag, 11. Mai

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 kr.,
2 mal 80 kr., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Zeile im. 6 kr., 2 mal 8 kr.,
3 mal 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 50 kr.

1866.

Amtlicher Theil.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben dem Oberlieutenant in der Armee Franz Freiherrn von der Kettenburg die I. l. Kämmererswürde allernächst zu verleihen geruht.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. Mai d. J. eine in dem Ministerium für Handel und Volkswirtschaft erledigte Ministerialrathsstelle dem Sektionsrathe Adolf Ritter von Parmentier und die dadurch erledigte Sektionsrathsstelle in demselben Ministerium dem Ministerialsekretär Johann Pfeiffer allernächst zu verleihen, ferner den Ministerialkonzipisten Ferdinand Hoffmann zum Ministerialsekretär in dem genannten Ministerium allernächst zu ernennen geruht.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. Mai d. J. dem Finanzrathe der Direktion der Staatschuld Johann Machlauf frei den Titel und Charakter eines Oberfinanzrathes allernächst zu verleihen geruht.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. Mai d. J. dem Ministerialkonzipisten im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft Karl Ritter v. Puhwald den Titel und Charakter eines Ministerialsekretärs allernächst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den Offizialen Franz Kutschera zum Hilfsamtsdirektionsadjunkten im Staatsministerium ernannt.

Am 8. Mai 1866 wurde in der I. l. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XVII. Stück des Reichsgesetzbuches ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 52 den Erlass der Ministerien des Auswärtigen und der Finanzen vom 24. April 1866, über eine Abänderung des zweiten Absatzes des Artikels 18 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857, gültig für das ganze Reich;

Nr. 53 den Erlass des Finanzministeriums vom 3. Mai 1866, womit der Nachweis der, in Folge des Allerhöchsten Patenten vom 19. September 1857, im Jahre 1865 wirklichen Ausmünzungen veröffentlicht wird.

Vom I. l. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzbuches.

den Rumänen u. s. w. hassen müsse, und daß man endlich wegen dieser Streitigkeiten das große Ganze in Trümmer gehen lassen werde; wir sind überzeugt, daß von derei übertriebenen Ansichten und engherzigen Verfertigungen bis zur Wirklichkeit ein sehr weiter Weg liegt. Ein Staat, der nicht in Folge diplomatischer Kombinationen plötzlich geschaffen wurde, sondern aus politischen und historischen Notwendigkeiten sich sachte herangebildet hat, kann seine höchsten Aufgaben nicht leicht verkennt; er wird eben darum, weil er eine Notwendigkeit ist, bestehen und die einzelnen Theile werden zusammenhalten müssen, weil sie an dieses Zusammenhalten durch alle ihre Interessen angewiesen sind. Die materiellen Interessen, wenn sie durch eine moralische Idee getragen und gehoben werden, sind die mächtigsten Bände; solche Ideen gibt es bei den Völkern Österreichs, sie bestehen in Gefühlen einer unerklärlichen gegenseitigen Sympathie und im Erwachen eines Stolzes in jenen Momenten, als man in Gefahr kommt, getrennt zu werden.

Die Deutschen Österreichs können Wien, die Residenz des Reiches, nicht opfern wollen, denn diese würde herab sinken und sie selbst in Deutschland aufgehen. Die Slaven Österreichs, da sie sich in ihren verschiedenen Lagen und Interessen nicht einigen können, würden im Norden und Süden eine Beute fremder Mächte werden und sich in ihrer nationalen und politischen Existenz bedroht sehen. Die Magharen blieben vereinzelt und würden kaum Kraft haben, um ein St. Stefans-Reich zusammenzubringen, und so wäre denn endlich die Unterjochung aller Völker Österreichs, die sich jetzt in ihrer Nationalität und in ihren Rechten konsolidieren können, die einzige Aussicht für die Zukunft. — Preußen strebt nach der Alleinherrschaft in Deutschland; Italien will Venetien besiegen und das adriatische Meer beherrschen; das eine und das andere will Österreich schwächen, um auf Kosten dessen zu erstarcken. Man wird uns von keiner Seite her zutun: „Frei ist die Bahn!“ denn wo Bajonete und Kanonen herrschen, da wird blos für die eigene Freiheit und Macht gekämpft, der Sieger hat sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

Was haben aber wir Slaven insbesondere zu erwarten? Es ist nicht schwer vorauszusehen, daß Galizien Polens Schicksal teilen würde; Böhmen und Mähren würde der deutschen Herrschaft ganz versallen und die Slovaken Ungarns würden dem Magharenthum erliegen. Welche Zukunft würde aber ganz besonders die Südslaven erwarten? Könnte Dalmatien und die ganze Küste den mächtigen Einflüssen Italiens sich entwinden? — Wäre Kroatien und Slavonien im Stande, aneinander zu halten? — Oder glaubt man, daß Frankreich oder England ein Interesse finden werden, ein südslavisches Reich entstehen zu lassen? Wir sind nicht der Meinung; wir befürchten viel eher, daß man die weniger schädliche Türkei beschützen und die Slaven drücken werde, damit sie nicht kräftig herauwachsen. Von Russland Schutz und Hilfe zu erwarten, ist ein eitles Träumen, denn Russland hat andere Ziele und liegt zu weit, um seine Kraft hier einzusetzen zu können; unsere armen Brüder jenseits der Una haben uns nichts zu bieten, sie bedürfen selbst der Unterstützung anderer.

Ueber das Attentat auf den Grafen Bismarck finden wir eine treffende Bemerkung in der „Debatte“. Sie sagt: Obwohl wir in dem preußischen Minister-Präsidenten gewohnt sind, unseres heftigsten Gegner zu sehen, den wir mit allen erlaubten Waffen bekämpfen wollen, so müssen wir aufs tiefste die That eines Verbündeten verabscheuen, der vielleicht in seinem Wahne glaubte, mit der Mordwaffe in der Hand Deutschland einen Dienst zu erweisen. Wir wollen hoffen, daß Graf Bismarck nicht bedenklich verletzt sei und können nur wünschen, daß Deutschland aus dem Attentate, welches jetzt in Berlin gegen seinen Frieden beabsichtigt wird, ebenso wenig verletzt hervorgehe, wie Graf Bismarck.

Prußische Rüstungen.

So gering die Zahl der eingelaufenen preußischen Blätter ist, so reich ist der Inhalt derselben an Mittheilungen über den großartigen Umfang, in welchem die Rüstungen neuestens betrieben werden. Insbesondere verdient hervorgehoben zu werden, daß es die schlesische und sächsische Grenze ist, an der die Bewegungen des 4., 5. und 6. Armeekorps die größte Energie entwickeln.

Hiermit im Zusammenhange stehen denn auch die Details, welchen wir in Korrespondenzen schlesischer Blätter begegnen. Die „Schles. Ztg.“ bringt ein Communiqué, wonach dem General v. Mutius befußt Anlauf von 1700 Pferden für die Kavallerie inlinstive Train 200.000 Thaler zur Disposition gestellt würden. Die Marschordre für die Truppentheile des 6ten Armeekorps wird bis zum 11. d. M. erwartet, bis zu welchem Tage die kriegsmäßige Ausrüstung und Kompletirung erfolgt sein wird. Das 3. Gardegrenadierregiment, welches in Breslau liegt, wird gleich den meisten Truppen dieser Garnison an die böhmisch-sächsische Grenze abrücken.

Die „Niederschlesische Zeitung“ schreibt: „Unser Jägerbataillon wird, sobald es auf Kriegsfuß formirt ist, wahrscheinlich ausrücken, um anderen Truppen Platz zu machen, welche in Stärke von zwei Divisionen in der hiesigen Gegend zusammengezogen werden sollen. Wir haben im Laufe der beginnenden Woche die erste Einquartierung zu erwarten. Schon am Montag treten die beiden hiesigen Landwehrbataillone hier zusammen, welche in einer Stärke von 500 Mann formirt werden. Die Formirung der Landwehrbataillone, welche nach dem Neorganisationsplane im Kriegsfalle mit den Ersatzbataillonen die Festungsbesatzung zu bilden bestimmt sind, läßt vermuten, daß die gesammte Linie an den Grenzen konzentriert wird. Das für die hiesige Gegend bestimmte Observationskorps dürfte sich deshalb auf etwa 33.000 Mann belaufen und die doppelte Aufgabe haben, Schlesien gegen Sachsen und Österreich hin zu decken. Außerdem erfahren wir noch, daß Herr Landrat von Sydow zum provisorischen Etappenkommissarius ernannt worden ist.“

Aus Hirschberg wird gemeldet: Am 4. d. M. (also noch vor Erlass der Kabinetsordre) ging der städtischen Behörde die Nachricht zu, für 3500 Mann Naturalsquartier zu besorgen, welche in Folge der gestern Mittags per Telegramm beim hiesigen Königl. Landwehrbataillon eingegangenen Kriegsbereitschaftsordre zu den Fahnen einberufen werden. Dieselben treffen in den nächsten drei Tagen hier ein; dagegen hat das hier garnisonirende Füsilierbataillon des Königs-Grenadierregiments Marschordre erhalten, am 7. Mai nach Jauer und weiter abzurücken.

In Ohlau wurden die in der Gegend dislozierten Schwadronen des zweiten schlesischen Dragonerregiments und die in Strehlen liegenden Husaren konzentriert, um von da an die Grenze, in die Gegend von Neisse-Ziegenthal abzurücken. Und aus Görlitz schreibt man der „Schl. Ztg.“ vom 6. Mai, daß daselbst außer dem Jägerbataillon 4000 Reserve und Landwehrleute einbeordert sind. „Dabei hat man, so heißt es wieder, selbst bei der Infanterie tief in das zweite Aufgebot bis zum Jahrgang 1852 zurückgegriffen und bei der Landwehrartillerie haben Mannschaften von nahe an 40 Jahren Ordre erhalten. Die Bestürzung hierüber ist um so größer, als jedermann sich nach der Neorganisation im zweiten Aufgebot gesichert glaubte. Mit der Nachricht, daß die Mobilmachung definitiv ausgesprochen ist, empfing heute der Präsident der naturforschenden Gesellschaft, Oberstleutnant v. Bittwitz, seine Ernennung zumstellvertretenden Brigadecommandeur in Breslau. Die hier verbreitete Nachricht, daß in der hiesigen Gegend zwei Divisionen zusammengezogen werden sollen, stammt aus ganz zuverlässiger Quelle und kann als völlig verbürgt angesehen werden. Das hiesige Jägerbataillon soll, sobald es komplet ist, von hier abrücken, wie es heißt, in die Gegend von Neisse. Heute hat dasselbe die neuen Büchsen mit Stechschloß erhalten. Die in der Kaserne wohnenden Familien der verheirateten Feldwebel und Oberjäger haben Anweisung erhalten, sich schleunigst auszumieten. Es wird versichert, daß das Hauptquartier des in der Lausitz zu konzentrierenden Korps hieher kommen wird.“

Hält man alle diese Mittheilungen (nach der Meldung des „Anzeigers“ wäre Sorau zum Hauptquartier aussersehn) über die militärischen Divisionen zusammen, so klingt es gar nicht so unwahrscheinlich, was der „Oberschl. Bürgfrd.“ unterm 5. d. M. als Gericht meldet, daß nämlich zwischen Grottkau und Neisse ein Lager für drei Armeekorps errichtet werden soll. Charakteristisch ist die Bemerkung der Redaktion eines Breslauer Blattes, welche diese Nachricht schon vor vier Tagen, also am 2. Mai, erhalten zu haben gesteh. Wir nehmen bei diesem Aulaz auch Ait von folgender Mittheilung, die jetzt in anscheinend beglaublicher Form auftritt:

Zum Höchstkommandirenden der durch die Mobilisierung nach Schlesien beorderten Armeeabtheilung soll Prinz Friedrich Karl designirt sein. General Herwarth v. Bittenfeld soll die Stelle eines Chefs des Generalstabes erhalten. Die Befehlshaber der mobil zu machenden Armeekorps sollen noch nicht bestimmt sein.

Die deutsche Frage im gesetzgebenden Körper zu Paris.

Nach der telegraphisch mitgetheilten und sehr beifällig aufgenommenen Erklärung, mit der der Staatsminister Rouher in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 3. d. M. konstatierte, daß Frankreich Italien, falls es aggressiv gegen Österreich vorgehen sollte, seinen eigenen Kräften überlassen würde, ergriff Thiers das Wort, um die angeregte Frage in einer längeren und jedenfalls stark auf die öffentliche Meinung Frankreichs zurückwirkenden Rede zu behandeln. Von vornherein erkennt Thiers an, daß die Sprache des Staatsministers eine erregte, feierliche, erhabene sei, der er die gebührende Anerkennung zolle, allein er muß beifügen, daß die bis jetzt verlangten Resultate hinter einer so hohen Sprache zurückgeblieben seien. Die Rolle der Kammer dürfe in dieser Frage nicht passiv sein; sie müsse sich deutlich erklären, ob sie die Politik der Regierung billige oder nicht, und im ersten Falle, ob sie nicht eine deutlicher hervortretende, ruhigere Politik im Sinne des Friedens wünsche. Thiers fühlt sich bestimmt, die heilige und heutzutage so freuentlich mit Füßen getretene Sache des Rechtes zu vertheidigen. Ohne dasselbe könne keine Nation mit Würde im Frieden leben und Europa würde bald ein nur der Herrschaft der brutalen Gewalt verschaffenes Asien werden. Nicht minder vertheidigt Thiers auch den Frieden, der den Völkern für ihre Wohlfahrt und heutzutage selbst für ihre Solvabilität, ihre Finanzen, ihre moralische Entwicklung, ihre Freiheit und die Lösung so vieler gewaltigen sozialen Fragen unentbehrlich sei. Um der Versammlung das richtige Verständniß der Frage zu erschließen, geht Thiers auf den Ursprung der jetzigen Situation zurück und sagt, daß die an Österreich gestellte Forderung Preußens, ihm die Elber Herzogthümer zu belassen, wenn es nicht mit Krieg überzogen sein wolle, die Sachlage kennzeichne. Thiers zieht nun in der Besprechung der Herzogthümerfrage in scharfer Kritik gegen das Verfahren der deutschen Großmächte, gegen das Verhalten des französischen Gesandten in der Londoner Konferenz, gegen den Wiener Frieden, gegen den Ausspruch der preußischen Kronjuristen und gegen die Gasteiner Konvention zu Felde und gelangt sodann zur neuesten Phase des Konfliktes. Österreich habe jetzt seine Ehre, seine Stellung, seinen Kredit in Deutschland zu wahren. Dieses Zweckes halber und weil es die Herzogthümer dem Bunde erhalten wolle, sei Preußen außer sich gerathen und habe zu Österreich gesprochen: „Du rüsstest und bedrohest meine Sicherheit. Nun rüste ich auch.“ Darauf hätte Österreich entgegnen sollen: „Ja, ich rüste, denn die ganze Welt weiß, daß ich die Herzogthümer nicht will. Du aber willst sie nehmen und läufst Unterhandlungen mit Italien an, um Krieg mit mir anzufangen. Darum rüste ich.“

Nach einer kurzen Pause behandelte nun Thiers die politische oder sozusagen internationale Bedeutung, welche der gegenwärtige Konflikt in Deutschland für Europa und insbesondere für Frankreich hat. Die Deutschen, deren Charakter Thiers alle Anerkennung widerfahren läßt, wollen nun einmal ihr Vaterland nicht länger mehr durch eine der Volksfache entfremdete Diplomatengesellschaft vertreten sehen, und außerdem wollen sie, daß ihr Vaterland eine einheitlichere Gestaltung und dadurch eine angesehenerne Stellung in der Welt erlange. Damit aber streifen sie bis hart an die Grenze sehr großer und wichtiger Rechte. Denn von jehler war es das größte politische Prinzip Europa's, daß Deutschland aus unabhängigen, durch ein einfaches Föderativband mit einander verbundenen Staaten bestehet. Dieses Prinzip habe Europa im westphälischen Frieden verkündet. Zu diesem Prinzip habe sich Friedrich der Große bei Unterzeichnung des Friedens von Teschen bekannt und auch alle Mächte des Wiener Kongresses hätten ihm zugestimmt, nachdem man es schon im Pariser Frieden 1814 den Franzosen als Garantie zugesagt hatte. Die Deutschen hätten vollkommen Recht, ihren Bundestag mit den Ideen der Neuzeit in Einklang zu bringen und denselben im Sinne der Einheit umzustalten; allein sie mögen ja nicht vergessen, daß sie sich gegen Europa und gegen die großen Prinzipien des europäischen Gleichgewichts vergehen würden, wenn sie ein durchaus einiges, ein Deutschland bilden wollten, in dem die Einzelstaaten als getrennte, unabhängige Existenz aufgingen.

Preußen ist nun der Staat, der nach der Ansicht Thiers' derartige Pläne im Schilde führt. Es möchte durch einen glücklichen Krieg gerade noch nicht die 50 Mill. Deutschen in seinen 14 Mill. aufgehen lassen, was eben nicht auf einmal angehe, aber es möchte sich einiger nördlichen Staaten bemächtigen und die andern in einem Bundestage unter irgend einen Einfluß unterbringen. Es wäre dann ein Theil Deutschlands unter seiner direkten, ein anderer unter seiner indirekten Autorität und Österreich würde alsdann als Schützling in diesen neuen Verband aufgenommen.

„Dann aber wird die große Erscheinung eintreten, nach der man seit mehr als einem Jahrhunderte strebt. Man wird ein neues germanisches Reich entstehen sehen, das Reich Karls V., das ehemals in Wien seinen Sitz hatte und ihn nun in Berlin haben würde. Es wäre unserer Grenze sehr nahe, es würde sie bedrängen und einschließen, und wie im 15. und 16. Jahrhunderte auf Spanien, würde sich heute das Reich Karls V. auf Italien stützen. Kann es uns zulommen, in irgendwelchem Grade eine solche Politik zu begünstigen? Trotz des Interesses, das Italien einigen Franzosen einflößen kann, darf man durch ganz Frankreich gehen und in den kleinsten Dörfern nachfragen, und man wird dann sehen, ob eine Politik, welche das alte germanische Reich mit Verlegung der Machtbasis Karls V. von dem Süden nach dem Norden wieder schaffen will, ob ein solches Reich, das sich auf Italien stützen würde, populär ist. Nein, Frankreich hat zu viel gesunden Sinn, als daß eine solche Politik angenommen werden könnte, und selbst wenn sie uns eine Gebietsvergrößerung verschaffen könnte, wäre sie nur um so schimpflicher, denn man würde sich einen Lohn bezahlen lassen, um in einer nahen Zukunft die Größe Frankreichs in entwürdigende Gefahr zu bringen. Dies gefährliche Bestreben, dem sich zu widersetzen Sie im Namen der Deutschen selber das Recht haben, dies Bestreben ist ein Attentat nicht allein gegen die Unabhängigkeit Deutschlands und Europa's, sondern gegen die deutsche Freiheit selber.“ . . . Also im Namen der Unabhängigkeit der deutschen Staaten, in dem der eigenen Unabhängigkeit und in dem des europäischen Gleichgewichtes muß Frankreich sich der Wiederherstellung der Herrschaft Karls V. in Berlin widersetzen. Wie aber soll man dies thun? — Von Seite Österreichs ist der Krieg nicht zu befürchten, so wenig seine tapferen Heere den Krieg fürchten, wie sie selbst in ihren Niederlagen glorreich bewährt haben. Preußen ist es, das den europäischen Frieden bedroht, und es handelt sich jetzt darum, das Mittel ausfindig zu machen, um es daran zu hindern.

Thiers schlägt verschiedene vor. Zunächst die „harte“ Form, die darin besteht, daß man zu Preußen sage: „Du bedrobst das europäische Gleichgewicht und den Weltfrieden, und zwar du und nicht Österreich. Wohlstand wir leiden es nicht.“ Doch möchte Thiers selber nicht zu dieser harten Form raten, obgleich niemand in Europa ihre Anwendung tadeln würde. Darum räth er jetzt zu einer ginderen. Man könnte nämlich folgendermaßen mit Preußen reden: „Dein Ehrgeiz ist bekannt. Er ist an und für sich kein Verbrechen, allein es ist eben so wenig ein Verbrechen, die zu wissen zu thun, daß dieser Ehrgeiz der Welt Gefahren bereitet. Du willst ein neues germanisches Reich in Berlin gründen und dich mit Italien verbünden. Das ist gefährlich für ganz Europa und der Politik Frankreichs, die darauf in keinem Fall sich einlassen kann, zu wider.“

Endlich gebe es noch die Form des Schweigens, wobei jedoch Preußen die Hoffnung auf eine Allianz mit Italien und demnach auf die indirekte Unterstützung Frankreichs benommen werden müßte. Bei dieser Veranlassung kommt nun Thiers in einer keineswegs günstigen Weise auf Italien zu sprechen. Frankreich habe das Recht, einem Alliierten, für den es 50.000 Soldaten und 400 Millionen geopfert, geradezu eine den französischen Interessen zuwiderlaufende Politik zu verbieten. Überhaupt habe Frankreich seit 1860 viel zu viel Nachsicht mit Italien gehabt und dadurch sich selbst in den Angen Europa's herabgesetzt. Frankreich müsse Italien gegenüber weiter gehen, als die Erklärung des Herrn Rouher besage. Man müsse ihm geradezu sagen, daß es, wenn es Krieg ansänge, alle Folgen zu ertragen und sich den Bedingungen zu unterwerfen habe, welche Österreich als Sieger ihm auferlegen würde. Wenn einmal Frankreich eine so verständliche Sprache führe, so werde Herr v. Bismarck auch die Situation begreifen, in die er sich begibt.

Vielleicht sei es dann, woran er übrigens leider beinahe zweifeln müsse, noch Zeit, dem Frieden zu Hilfe zu kommen oder wenigstens das Unheil des Krieges zu begrenzen. Um dies zu sagen, hat Thiers das Wort ergriffen, und um trotz seiner erschöpften Kräfte einen letzten Versuch zu Gunsten des Friedens, zum Wohl seines Landes und zur Ehre seiner Regierung zu machen.

Ein gewaltiger Beifallssturm erhob sich am Schlusse dieser Rede, nach welcher die Sitzung eine Zeitlang unterbrochen wurde.

Jules Favre ergriff hierauf das Wort, um ebenfalls zu konstatiren, daß, wenn gegenwärtig der Weltfriede gestört werden sollte, nicht die revolutionären Leidenschaften, sondern der Ehrgeiz einiger Männer die Schuld trage, die mit Verachtung der Verträge, des Völkerrechtes und der unveräußerlichen Völkerfreiheit ihre Macht vermehren und ihre Herrschaft bis an die Grenze Frankreichs vorschieben wollen. Darüber ist J. Favre mit Thiers ganz einverstanden.

Staatsminister Rouher beantragte sodann die Prüfung des eingebrochenen Gesetzentwurfes, die Stellung des Jahreskontingents mit 100.000 Mann betreffend, ohne weitere Diskussion über die deutschen Angelegenheiten vorzunehmen. Gleichzeitig thelte er mit, daß er eben eine offizielle Erklärung aus Italien des Inhalts bekommen habe, daß Italien nicht angreifen werde.

Die allgemeine Diskussion wurde nach dieser Erklärung geschlossen und der Gesetzentwurf über das Jahreskontingent von 100.000 Mann, nachdem Garnier-Pagès und Glais-Bizoin bei der Budgetkommission auf diese Sache zurückzukommen sich vorbehalten haben, mit 248 gegen 16 Stimmen angenommen.

Österreich.

Innsbruck, 6. Mai. Se. I. l. apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 22. April l. d. dem vom Landtage der gefürsteten Grafschaft Tirol beschlossenen Gesetze, betreffend die im Wege eines freiwilligen Uebereinkommens zu bewerkstelligende Umwandlung, Ablösung oder Feststellung der Patronatslast bei kirchlichen Baulehren die allerhöchste Sanktion in Anbetracht dessen nicht zu erheilen geruht, als der durch dieses Gesetz beabsichtigte Erfolg schon nach den bestehenden Vorschriften erzielt werden kann. Der vom Tiroler Landtage beschlossene Gesetzentwurf ging nämlich dahin, die bestehende Konkurrenzpflicht des Patrones in Ansehung der Kostenbestreitung bei Herstellung und Erhaltung der katholischen Kirchen, Kirchhöfe und Pfändengebäude z. entweder in einen jährlichen Bauzins umzuwandeln, oder für immer kapitalisch abzulösen, oder für jeden Konkurrenzfall auf einen bestimmten Betrag festzustellen. Diese Umwandlung, Ablösung z. sollte im Sinne des Landtagsbeschluß vorerst dem freiwilligen Uebereinkommen überlassen werden, und erst wenn bis zum Schlusse des Jahres 1868 eine solche freiwillige Umwandlung z. nicht zu Stande gekommen sein sollte, wären weitere Bestimmungen zur Regelung dieses Verhältnisses im Wege der Landesgesetzgebung vorbehalten. Hingegen haben Se. I. l. apostolische Majestät mit der allerhöchsten Entschließung vom 20. April d. S. den von dem Tiroler Landtage beschlossenen Gesetzesentwurf betreffend das Schulpatronat und die Kostenbestreitung für die Lokalitäten der Volksschulen allgnädig zu sanktionieren geruht. — Die von Italien her drohende Angiffsgefahr setzt auch unser Grenzland in Bewegung. Von Berg und Thal ziehen Urlauber und Rekruten bereitwillig und in bester Stimmung ihren Sammelplätzen zu und in der ganzen Bevölkerung der Bergeste Tirol regt sich der alte Geist mutigster Entschlossenheit. Gewiß wenn es zum Schlag kommt, werden unsere Landschützen ihrer Altvorderen und ihrer Waffenbrüder in der Armee würdig in den Kampf treten und jedem Feinde, der sich ins Land wagt, zeigen, daß im Tiroler noch das alte Schützenblut pulsirt. Die Verathungen der Landesverteidigungs-Überkommandant f.M. Graf von Castiglione weilt schon seit mehreren Tagen hier, auch sind die Hauptleute sämtlicher Schützenkompanien hieher einberufen und kampflustig greifen die Schützen zu den Stützen. In mehreren Grenzbezirken des Landes trifft die Bevölkerung von freien Stücken Vorkehrungen für den Landsturm, um vollständig organisiert augenblicklich ausrücken zu können, wenn das Aufgebot ergeht. Kurz, es herrscht allenthalben der beste Geist, und wehe dem Feinde, der die Landesmarken überschreitet! Die unvermutete Ankunft des Herrn Statthalters Fürsten v. Coblowitz, der schon längere Zeit sich auf Urlaub befindet und gestern Abends hier eintraf, hat allenthalben den allerbesten Eindruck gemacht und er wurde herzlich willkommen.

In Padua wurde wegen unruhiger Bewegungen unter den Studenten die Universität geschlossen.

Nach dem Marinikodex für die italienische Merkantilmarine ist die Sicherheit des Privateigenthums zur See im Falle eines Krieges für jene Mächte zugesichert, welche vor dessen Ausbrüche die Reciprocity eingehen. Auf diese Bestimmung hat laut „Triester Zeitung“ ein Mitglied der Fiumener Handelskammer aufmerksam gemacht und die Handelskammer beschloß den Herrn Cotta nach Wien an Se. Exzellenz den Herrn Handelsminister zu senden, um ihm ein diesfälliges Memorandum zu überreichen und zu erwirken, daß von Seite der österreichischen Regierung die Reciprocityserklärung Preußen und Italien gegenüber noch rechtzeitig abgegeben werden.

Ausland.

Berlin, 7. Mai. Als Graf Bismarck nach 5 Uhr Abends von einem Vortrage bei dem König zu Fuß die Linden entlang zurückkehrte, wurde er von einem unbekannten Menschen in der Nähe der Schadowstraße angegriffen. Der Meuchler schoß zweimal aus einem sechsfüßigen Revolver gegen den Rücken Bismarcks, ohne zu treffen. Letzterer ergriff den Thäter, welcher während des Rüngens noch dreimal schoß. Graf Bismarck blieb unverletzt, augenscheinlich deshalb, weil der Pistolenlauf dicht an den Körper gedrängt worden. Nur die Kleidungsstücke wurden durchlöchert und erhielt der Graf leichte Kontusionen. Der Thäter ist der 25jährige Sohn des republikanischen Flüchtlings Karl Blind und kam aus Hohenheim (Württemberg) um Herrn v. Bismarck zu morden.

Berlin, 8. Mai. Bei einer gestern in Potsdam abgehaltenen Parade soll der König in einer Ansprache an die Offiziere des ersten Garde-Regiments sich ge-

ausfert haben: „Die Aufgabe der Diplomatie sei erschöpft, der Augenblick gekommen, wo dem Schwerte die Entscheidung zu fallen, und er, der König selbst, werde an der Spitze der Armee ihre Gefahrentheile.“ — Der Verfasser der Rundschau in der „Kreuzzeitung“, Herr von Gerlach, bringt heute einen höchst bemerkenswerten Aufsatz. Auknuppend an die Versicherungen des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen spricht sich der Rundschauer mit vollster Entschiedenheit gegen die kriegerische Politik des Grafen Bismarck, sowohl was die Herzogthümerfrage anbelangt, als bezüglich der Bundesreform, aus. Der Krieg gegen Österreich wäre das größte Unrecht, das allgemeine Stimmrecht der politischen Bankerott. Bemerkenswerth ist übrigens, daß auch Herr v. Gerlach auf die Annexion der Herzogthümer lossteuert.

Hannover, 8. Mai. In hiesigen militärischen Kreisen ist die Nachricht verbreitet, 12.000 Hannoveraner werden bei Stade ein Lager beziehen. — Die Nachricht, daß in Folge Vertrages mit Preußen 15.000 Hannoveraner nach Köln und Luxemburg gelegt werden sollen, ist erdichtet.

Dagesneigkeiten.

Se. I. l. Apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 27. April d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der wirkliche geheime Rath und Statthalter von Niederösterreich Gustav Graf Chorinsky das Großkreuz des königlich sizilianischen Ordens Franz I., der Redakteur der Generalkorrespondenz Dr. Georg Emanuel Haas und der Vertreter der ersten österreichischen Exportgesellschaft in Mexico Theodor Bauer das Ritterkreuz des kaiserlich mexikanischen Guadalupe-Ordens annehmen und tragen dürfen.

— Die „Dr. Btg.“ veröffentlicht eine Verordnung betreffend den Eintritt von Freiwilligen in die I. l. Armee ohne die gesetzliche achtjährige Kapitulation, blos mit der Dienstverpflichtung für die Dauer des Bedarfes. Das Minimalmaß für solche Freiwillige wird ohne Rücksicht auf das Alter auf 59 Wiener Zoll bestimmt. Freiwillige, die bereits in der Armee gedient haben (vom Feldwebel, Wachtmeister abwärts) treten in die früher besetzte Charge ein. Die Handgelder betragen: 1. für Feldwebel 25 fl., 2. für Führer oder Korporale 20 fl., 3. für andere, die früher in der Armee gedient haben, 15 fl., 4. für alle sonstigen Freiwilligen 10 fl. Junglinge der gebildeten Stände können als Kadetten auf die Dauer des Bedarfes mit Rücksicht der Prüfung und der Eintrittstage assentirt werden, wenn sie mit Schulzeugnissen jene Schulleistungen nachweisen, die für die Kadetten-Aufnahmesprüfung vorgeschrieben sind; ebenso Beamte der I. f. Behörden, wenn sie sich mit der Zustimmung ihrer Behörde ausweisen. Bei vor kommenden Besförderungen werden die Freiwilligen besonders berücksichtigt werden.

— Bei der I. l. Armee werden nunmehr die gläsernen Feldflaschen für die Mannschaft statt der bisher eingeführten Blechflaschen in Anwendung kommen und sofort an die Mannschaft vertheilt werden.

— Der Prager Turnverein „Sokol“ hat eine patriotische, antipreußische Demonstration in Szene gesetzt und bildet um Waffen.

— An der Hamburger Börse wird der preußische Ministerpräsident „Graf Bismarck“ genannt.

— Pater Bernhard Jech, ein bairischer Kapuziner, der ein berühmter Maler und Architekt ist und seit langer Zeit in Rom sich eines großen Ruhmes erfreut, geht auf Verlangen des Kaisers Max nach Mexico, um den Bau der neuen Kathedrale, zu welcher er den Plan entworfen, zu leiten und dieselbe mit Fresken zu schmücken.

— In Genua sind aus Marseille vierzig Millionen Lire in Gold eingetroffen; ein italienisches Blatt fügt bei, die Münzen halten preußisches Gepräge und lassen errathen, daß dies der Anfang der versprochenen Subvention Preußens für Italien sei.

— Die Mormonen bauen in ihrer Hauptstadt Great Salt Lak. City einen Tempel, der an Umfang und Großartigkeit alle Überlieferungen des babylonischen Thurmabes noch weit überragen soll. Der gelegte Grund besteht aus Steinblöcken, von denen einzelne bis zu zwei Tonnen schwer sind, und zeigt, daß der Tempel eines der riesigsten Werke werden soll, welche die menschliche Kühnheit jemals unterkommen.

Lokales.

Seine Gnaden der Herr Fürstbischof von Laibach hat öffentliche Kirchengebete für Erhaltung des Friedens und im Falle des Kriegsausbruches für Abwendung des Krieges angeordnet.

— An den Pfingstfeiertagen wird Se. fürstbischöfliche Gnaden Dr. Widmer das Sakrament der h. Firmung in gewohnter Weise austheilen.

— Am 14. d. M. wird die b. l. l. Landesregierung dem Landesausschüsse die P. P. Glavarische Armenstiftung im Betrage von 112.790 fl. zur Verwaltung übergeben.

— An lokalpolizeilichen Amtshandlungen wurden im Laufe des Monates April vorgenommen: 6 Brodbäckereirevisionen, 11 Fleischnachwägungen, 7 Revisionen von Schlachtwiech, 2 Konfiskationen von Waagen und Maßen. Außerdem wurde bei 2 Passagierstrüngungen und 3 Uebertrittenen

der Reinlichkeitsvorschriften eingeschritten; es wurden 4 Hausdurchsuchungen, 91 Verhaftungen, 17 Anzeigen an die Strafsgerichte, 3 Abstrafungen wegen Nichtzuhalts der Sperrstunden, 15 wegen Bettelns, 3 anderweitige, endlich 60 zwangsläufige Entfernung vorgenommen.

— Wie dringend nothwendig die auch neulich im lobl. Gemeinderath zur Sprache gebrachte energische Handhabung der Straßenpolizei, hauptsächlich hinsichtlich der strengsten Durchführung der bestehenden Fahrordnung ist, zeigte wiederum folgender Vorfall: Am Mittwoch Nachmittag etwa um 4 Uhr fuhr, wie es gewöhnlich geschieht, ein einspänniger Lastwagen im schärfsten Trabe die Bahnhofsgasse hinauf und bog dann, ohne den Lauf des Pferdes auch nur etwas zu mähen, um die Ecke in die Barmherzigengasse. Die gerade dort befindlichen Passanten konnten begreiflich nicht schnell genug ausweichen, und so gerieth denn ein etwa 10jähriger Knabe unter die Hufe des Pferdes und mußte, die Gasse mit seinem Jammergeschrei erfüllend, von einer Frau davongetragen werden. Der Fuhrknecht fuhr unbekümmert im Trabe davon.

— In der Nacht vom 9. auf den 10. d. M. fand der Abmarsch des größten Theils der neuangeworbenen mexicanischen Freiwilligen statt. Die städtische Truppe war gegen 11 Uhr am Bahnhof eingetroffen, doch konnte die Abfahrt erst gestern früh 5 Uhr erfolgen. Gestern Nachmittag 3 Uhr folgte ihnen der lezte Transport, bei dessen Eintreffen in Triest sogleich die Einschiffung und Weiterbeförderung des ganzen Corps mittelst eines Schiffes der Société transatlantique stattfindet.

— Gestern fand der Auszug des „Laibacher Turnvereins“ nach Josefthal statt und es beteiligten sich an 50 Turner an demselben. Nachdem um halb 3 Uhr Nachmittags vom Sommerturnplatz aufgebrochen worden und der Weg über Kaltenbrunn genommen war, langte man unter den Auspizien eines gütigen Jupiter pluvius in Josefthal an, woselbst schon früher eine ansehnliche Zahl von Laibacher Gästen mittelst Equipagen und Fiakern eingetroffen war. Noch ehe der Regen in Strömen zu fließen begann, hatte man sich ans Turnen auf dem eigens hergerichteten Platz gemacht; darnach aber zogen sich die Turner in die innern Restaurationslokaliitäten zurück, wo sich bei Gelang und Gläserl lang die fröhlichste Laune entwickelte, die nun fortduerte, bis gegen 9 Uhr Abends auch der lezte Laibacher heimgelohrt war.

— Aus dem Verlaß des Domhofs Ricaso ist ein Heft von 16 schönen Marienliedern eben herausgegeben worden und ist beim Buchbinder Kremscher und der Schwester des sel. Verfassers zu haben.

— Der Montagsmarkt brachte viel Mindvieh zum Verkaufe, es wurde thener verkauft wegen der Militärbedürftigung. Der Preis des Heu's ist schon über 2 fl. gestiegen.

— Die Statthalterei von Triest hat von dem hiesigen Buchdrucker Milz 200 Abdrücke der Broschüre: „Mali sadjerec“ (Der kleine Obstzüchter) gekauft, um sie unter den Schülern der Volksschulen auf dem Lande zu vertheilen.

— (Diözesanveränderungen.) Herr Ignaz Mali kommt als Kaplan nach S. Georg, Herr Anton Jakić aus Idria nach Polje, Herr Johann Bagoda aus Trata nach Döbern und Herr Michael Vogolin aus Brundorf nach Trata.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 9. Mai. Bundesversammlung. Der Antrag Sachsen wurde mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten: Österreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, die sächsischen Häuser, Braunschweig, Nassau und die 16. Kurie. Preußen gab eine Erklärung ab, in welcher es unter dem nochmaligen Hinweis auf den defensiven Charakter seiner Rüstungen die Erwartung aussprach, der Bund werde Sachsen und Österreich veranlassen, ihre eingestandenen Massen gegen Preußen getroffenen Rüstungen einzustellen, indem sich sonst Konsequenzen ergeben könnten, die Preußen nötigen würden, nur seine eigene Sicherheit und europäische Machstellung maßgebend sein zu lassen. Die Bundesversammlung beschäftigte sich auch mit der durch die preußische Mobilisierung zu gewärtigenden Vermehrung der preußischen Bundesgarnisonen, nahm Alt von der Erklärung des preußischen Militärbevollmächtigten, daß Anstalten getroffen würden, daß eine Überschreitung des gesetzlichen Staats nicht erfolge, und beschloß, die Militärmmission zu beauftragen, hierüber sorgfältig zu wachen.

Berlin, 9. Mai. Die „Nordd. Allg. Btg.“ hört, es sei die österreichische Depesche vom 4. Mai gestern beantwortet worden. Auf die österreichische Depesche bezüglich der Herzogthümerfrage dürfte Freiherr v. Werther dem Wiener Kabinett mündlich eröffnet haben, daß man in Berlin bereit sei, in bezügliche Verhandlungen einzugehen, wenn eine andere Basis vorgeschlagen würde; die gegenwärtig vorgeschlagene ermangelte eines geeigneten Anknüpfungspunktes.

Berlin, 9. Mai. Die „Provinzial-Correspondenz“ in dem sie die Mobilisierung sämtlicher Armeekorps anzeigt, sagt: Man darf überzeugt sein, daß die preußische Regierung noch jetzt zur Erhaltung des Friedens bereit sei, wenn dies mit Ehren und unter Aufrechthaltung der preußischen Interessen geschehen kann. Sie ist es aber dem Lande schuldig, nach keiner Seite

darüber einen Zweifel bestehen zu lassen, daß, wenn es sein muß, sie diese Interessen auch mit den Waffen in der Hand auf das allerkräftigste und entschlossenste zu vertreten entschlossen und im Stande ist. Weiter schreibt dasselbe Blatt: Von vielen Seiten wird eine nochmählig bevorstehende Berufung des Landtages angedeutet. Die Regierung würde, sobald sie die Mitwirkung der Landesvertretung in Anspruch nimmt, vermutlich erst Neuwahlen vollziehen lassen. (Zufolge königl. Verordnung vom 9. d. M. wird das Abgeordnetenhaus aufgelöst.)

Berlin, 8. Mai. Die Mobilisierung auch des siebten Armeekorps und die Armarierung der Festung Erfurt ist nunmehr angeordnet.

Florenz, 8. Mai. Ein heute erschienenes Dekret betrifft die Bildung eines Freiwilligenkorps, welches für den Augenblick aus 20 Bataillonen besteht und unter die Befehle Garibaldi's gestellt wird. Die Eintretenden verpflichten sich zu einemjährigem Dienste.

Paris, 9. Mai. Ein (von Boniface unterzeichnete) Artikel des „Constitutionnel“ sagt: Die Rede des Kaisers in Auxerre hat in Europa nicht den Biederhall einer Kanone, wohl aber denjenigen des gesunden Sinnes gefunden. Die Meinung des Kaisers über die Verträge von 1815 ist wohlbekannt; er sagte, daß sie nicht mehr bestehen, als er den Kongressvorschlag machte. Der Kaiser verabscheut die Verträge von 1815, da dieselben Europa jährlich eine Milliarde kosten und eine permanente Gefahr für die Sicherheit der Staaten und das Privateigentum sind. In dieser Bedeutung ist es, daß der Kaiser in Auxerre gesprochen hat. Die Rede von Auxerre ist keine Aufmunterung des Ehrgeizes Bismarcks, welcher, wie man sagt, die Elbe-Herzogthümer und die Leitung Deutschlands haben will. Solche Projekte würden die Absicht verrathen, nochmals die Verträge von 1815 zum Vortheile Preußens zu verletzen. Frankreich kann seine Verantwortlichkeit nicht bei Unternehmungen kompromittieren, welche theilweise danach sind, um das Gleichgewicht der allgemeinen Machtverhältnisse zu stören. Der Zielpunkt Frankreichs ist nicht der Ehrgeiz Preußens, Österreichs oder Italiens, wohl aber seine Sicherheit und sein Ansehen. Sein Programm ist die Reform der Verträge von 1815. Jeder Versuch, welcher nicht diesen Zweck hat, wird Frankreich wohl nicht gleichgültig, aber aufmerksam, wachsam und entschlossen finden. Die Rede von Auxerre ist kein auf die verschiedenen in Deutschland in Bewegung gerathenden Interessen geübter Druck; sie ist der legitime Appell an die Weisheit der Unterzeichner der Verträge von 1815 zu Gunsten des Friedens und der Sicherheit Europas.

An ihnen ist es, zu erkennen, ob es ratsam sei, eine allgemeine Reform, welche Frankreich der Verständigung und dem Frieden verdanken wollte, den furchterlichen Thauen eines Krieges zu überlassen.

Telegraphische Wechselkurse

vom 9. Mai.

— Sperz. Metalliques 53.35. — Sperz. National-Anlehen 57. — Bankaktien 648. — Kreditaktien 121. — 1860er Staatsanlehen 66.80. — Silber 129. — London 129. — R. l. Dukaten 6.22.

Geschäfts-Zeitung.

Laibach, 9. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 43 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 479 flr. 20 Pfld., Stroh 264 flr. 42 Pfld.), 20 Wagen und 2 Schiffe (8 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Wett. fl. fr.	Mitt. fl. fr.	Mag. fl. fr.	
Weizen pr. Mezen	— —	4.37	Butter pr. Pfund	— 50
Korn	— —	3.22	Eier pr. Stück	— 1½
Gerste	— —	2.70	Milch pr. Pfund	— 10
Hafer	— —	2.22	Rindfleisch pr. Pf.	— 16
Halbfraucht	— —	3.47	Kalbfleisch	— 20
Heiden	— —	2.72	Schweinesleisch	— 20
Hirse	— —	2.80	Schöpfnestleisch	— 14
Aufkraut	— —	2.97	Hähnchen pr. Stück	— 30
Erdäpfel	1.70	— —	Tauben	— 15
Linsen	5	— —	Heu pr. Zentner	2
Grüben	4.50	— —	Stroh	2
Käffchen	5	— —	Holz, hart., pr. Klf.	— 7
Rindfleisch Pf.	— 54	— —	— weiches,	— 5
Schweinfleisch Pf.	— 44	— —	Wein, rother, pr.	— 12
Speck, frisch	— 34	— —	Cimer	— 18
— geräuchert	— 40	— —	weißer	— 14

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Paßfe. aufgezeichnet	Auflufttemperatur auf der Höhe	Windrichtung	Wetter	Regenfall im ganzen Quartal
6 U. Mg.	326.34	+ 7.4	windstill	heiter	
9. 2 " N.	325.48	+ 18.7	W. schwach	heiter, bew.	0.00
10. " Ab.	325.51	+ 11.6	NW. schw.	heiter	
6 U. Mg.	325.62	+ 9.5	windstill	heiter	
10. 2 " N.	325.24	+ 17.4	W. mäßig	heiter, bew.	16.76
10. " Ab.	325.52	+ 10.6	W. sehr schw.	Regen	

Den 9.: Untertags wechselnde Bewölkung. Gegen Abend das Firmament von verwachsenem Aussehen, Wollenbank in W. Den 10.: Morgenrot. Nachmittag um halb 4 Uhr Gewitter aus W. mit Platzregen, dem ein sehr ausgiebiger, für die Felder sehr erwünschter, durch die ganze Nacht anhaltender Regen folgte. Wettermeldungen in SW.

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayer.